

Springkassen und Springbrunnen.

Vornehmlich treffen diese Kriegsteuerzuschläge die Wohlhabenden. Nur die Erhöhung der Bier- und Theesteuer belastet ebenfalls die ärmeren Volksschichten. Die 895 Millionen Mark betragenden progressiven Zuschläge zur Einkommen- und Zusatzsteuer treffen fast ausschließlich die Gutsituierteren, denn es sind daran nur 1.100.000 Zensiten beteiligt, zudem sind für die unteren Einkommensklassen die Erhöhungen verhältnismäßig niedrig. Die Hauptlast haben die großen Einkommen zu tragen. Ein Mann mit 40.000 Mark Einkommen zahlt zum Beispiel jetzt an direkter Steuer 12½ Prozent = 5000 Mark, ein Mann mit 100.000 Mark Einkommen 15 Prozent = 15.000 Mark.

Auch das Schweizervolk hat am 6. Juni in allgemeiner Abstimmung der Erhebung einer Kriegsteuer zugestimmt, die ungefähr 80 Millionen Franken erbringen soll und bei einem Vermögen von 10.000 Franken und bei einem Erwerb von 2500 Franken beginnt, progressiv steigend, so daß beispielsweise ein Vermögen von 10.000 Franken nur 10 Franken, ein Vermögen von 1 Million dagegen 11.600 Franken an Kriegsteuer zahlt.

Warum sollten ähnliche ertragsreiche Kriegsteuern nicht bei uns eingeführt werden? Besonders müßten die hohen Kriegsgewinne, die seit Kriegsbeginn von manchen Betrieben eingeheimst worden sind, zu hoher Besteuerung herangezogen werden. Wie die letzten Abrechnungen einer Reihe Aktiengesellschaften beweisen, sind an den Kriegslieferungen teilweise geradezu Riesenerlöse verdient worden. Während ein Teil der Bevölkerung auf den Schlachtfeldern Blut und Leben läßt, ein anderer Teil sich mühsam durch die jetzige Teuerungs- und Entbehrungszeit hindurchschlägt, hat gar mancher der Krieg zur Anhäufung enormer Reichtümer verholfen. Dies gilt nicht allein von der eigentlichen Rüstungsindustrie und anderen mit Massenerzeugnissen für Heer und Flotte bedachten Werken, auch die Industriezweige, die solchen Werken Roh-, Hilfs- und Halbstoffe lieferten, haben vielfach hohen Gewinn erzielt, und neben ihnen die Großagrarien, denen die Preissteigerungen für Getreide, Schlachtvieh, Butter, Eier, Gemüse reiche Profite abwarfen. Sie alle müssen gezwungen werden, einen Teil des ihnen durch den Krieg ohne ihr Verdienst zugefallenen Mehrgewinnes zur Deckung der Kriegslasten wieder herauszugeben, und zwar einen beträchtlichen Teil. Die Steuerbemessung des Mehrgewinnes nach dem Reichsvermögenszuwachssteuergesetz wäre nichts als eine Farce.

Freilich, eine solche Kriegsteuer, und wäre sie noch so hoch, reicht allein bei weitem nicht zur Aufbringung der erforderlichen Summen aus. Neben der Kriegsteuer muß daher eine Reichseinkommensteuer und eine diesen Namen verdienende Reichserbschaftsteuer nach englischem Muster treten. Auch die Einführung verschiedener Monopole, vornehmlich des Tabak- und Branntweinmonopols, wird sicher von der Regierung gefordert werden.

Der Sozialdemokratischen Partei, besonders unserer Reichstagsfraktion, harren hier schwere Aufgaben und Kämpfe; denn mit völliger Gewißheit läßt sich voraussehen, daß nach altem Rezept versucht werden wird, durch Erhöhungen und Vermehrungen der Verbrauchssteuern und ähnlicher schöner „Steuerreformen“ die Hauptlast auf die ärmeren Volksschichten abzuwälzen. Um solchen Bestrebungen energischen Widerstand leisten zu können, sind aber Geschlossenheit, Disziplin und Einigkeit innerhalb unserer Parteibewegung nötig. Sie

sind die ersten Vorbedingungen für die Lösung der großen „Steuerfragen“, die sich alsbald nach Kriegsende einstellen werden, im Sinne und im Interesse der deutschen Arbeiterschaft.